

Nr. 12/09 vom 10.09.2009

Klimaschutz als Ziel der Energie- und Industriepolitik

Berlin. Anlässlich der jährlichen ordentlichen Mitgliederversammlung des Forum für Zukunftsenergien hielt der Hamburger Senator für Wirtschaft und Arbeit, Axel Gedaschko, die traditionelle Festrede. Er zeigte darin auf, wie eine nachhaltige Energie- und Industriepolitik gestaltet werden könnte.

Die Hamburger Behörde für Wirtschaft und Arbeit gehört zu den Mitgliedern des Forum für Zukunftsenergien e.V. und war Gastgeber der diesjährigen Mitgliederversammlung.

In seiner Festrede ging Senator Axel Gedaschko auf die Schwierigkeit ein, sich für klimaschutzpolitische Maßnahmen in Zeiten der Wirtschaftskrise einzusetzen. Er zeigte Verständnis dafür, dass einzelne Branchen angesichts der angestrebten Vorreiterrolle Deutschlands um ihre kurzfristige Wettbewerbsfähigkeit fürchten, gleichzeitig mahnte er an, dass der Klimawandel keine Rücksicht auf die Krise nehme. Gedaschko zeigte auf, wie sich eine verantwortungsvolle Klimapolitik auf kommunaler und regionaler sowie auf bundesweiter und internationaler Ebene gestaltet.

Der Hamburger Senat habe mit dem im Jahre 2007 beschlossenen Klimaschutzkonzept den Grundstein für eine mehrjährige Strategie gelegt. Ziel sei es, im Zeitraum 2007 bis 2012 eine Emissionsminderung von 2 Millionen Tonnen zu erreichen, was im Verhältnis zu 1990 einer Minderung um 21,8 Prozent entspreche. Der Senat betrachte das Klimaschutzprogramm als ein wichtiges Element der städtischen Wirtschaftsförderung und als einen Schlüssel zur Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze. Die Stadt sei deshalb stolz darauf, von der EU-Kommission zur „European Green Capital“ des Jahres 2011 gekürt worden zu sein.

Mit Blick auf die internationalen Klimaschutzverhandlungen in Kopenhagen stimmte Gedaschko zwar einerseits zu, dass hoch entwickelte Industriestaaten aufgrund ihres Leistungsvermögens mehr einbringen könnten, es dürfe aber andererseits nicht passieren, dass sich schon heute erkennbare Wettbewerbsnachteile für die deutsche Industrie weiter verschärften. Deshalb sei es zu begrüßen, dass die EU-Kommission mit der Fortschreibung der Emissionshandelsrichtlinie für die 3. Handelsperiode ab 2013 die Gefahr zunehmender Wettbewerbsnachteile erkannt habe und sich Ausgleichsmaßnahmen für die besonders betroffenen Industrien nicht mehr verweigere.

Die zukünftige Bundesregierung sei in der Pflicht, entsprechende Planungssicherheit für die Industrie und schnell Klarheit in den

entscheidenden Fragen der Energie- und Klimapolitik zu schaffen.

Neben einer adäquaten Ausgestaltung des Emissionshandels gehöre dazu auch eine verlässliche Stromversorgung durch ausreichende Grundlastkapazitäten. Der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energien sei ein wichtiger Schritt, um eine größere Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen, aber nicht die alleinige Lösung des Problems. Für den Industriestandort Deutschland seien große Kraftwerke erforderlich und für den Klimaschutz derzeit auch die Kernenergie.

Gedaschko betonte, dass bei der Nutzung der Kernenergie die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität habe und eine derart unglückliche Informationspolitik wie im Falle des Kernkraftwerks Krümmel nicht zu tolerieren sei.

Die Nutzung von Kohlekraftwerken sei mit den deutschen Klimaschutzziele nur dann vereinbar, wenn die CO₂-Abscheidung und – Lagerung großtechnisch sowie ökonomisch und ökologisch verfügbar gemacht werde. CCS sei eine Brückentechnologie, deren potenzielle Möglichkeiten nicht außer Acht gelassen werden sollten. Der Senator appellierte deshalb an die neue Bundesregierung, zügig die entsprechenden Genehmigungsvoraussetzungen zu schaffen.

Nach Gedaschkos Überzeugung ist die Umwelttechnik die Leitindustrie des 21. Jahrhunderts. Deutschlands weltweit führende Stellung bei Umwelttechnologien und erneuerbaren Energien sei unbestritten und verschiedene Gutachten hätten aufgezeigt, dass in Deutschland bis zu 850.000 neue Arbeitsplätze in den energierelevanten Zukunftsmärkten entstehen könnten. Dies beweise den symbiotischen Einklang von Klimaschutz und beschäftigungswirksamer Industrie- und Energiepolitik.

Die vollständige Rede von Senator Gedaschko steht auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de